

BTB NRW Wahlprüfsteine zur NRW-Landtagswahl 2017

				
<p>Wie steht Ihre Partei zu technischen Fachverwaltungen? Wie bewerten Sie das Ansehen und die Bedeutung der Fachverwaltungen bei Bürgern und in der Wirtschaft?</p>	<p>Ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst gibt es keinen funktionierenden Staat. Die technischen Fachverwaltungen nehmen für die Bürger und die Wirtschaft eine besondere Funktion wahr. ... werden beim Landesbetrieb Straßen.NRW zwingend mehr Planungsingenieure benötigt. Daher wollen wir mit einem Sonderprogramm neue Straßenbauingenieure gewinnen und zeitlich befristet hochqualifizierte Planungsingenieure aus dem Ruhestand aktivieren. ...Es ist nicht unser Ziel, gut funktionierende Fachverwaltungen aufzulösen, zu kommunalisieren oder zu privatisieren.</p>	<p>Die Fachverwaltungen sind elementarer Bestandteil für eine erfolgreiche Aufgabenerfüllung von Bund, Ländern und Kommunen. Die Bedeutung einer funktionierenden Fachverwaltung kann für Bürger und Unternehmen deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden. ...Deshalb gehören Fachverwaltungen explizit gestärkt. Wichtig ist hierbei auch die politische Schwerpunktsetzung: Fachverwaltungen sollten sich auf ihre Fachaufgaben konzentrieren dürfen und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um diese auch umzusetzen.</p>	<p>Um das Funktionieren der Fachverwaltungen zu garantieren, ist es aus unserer Sicht Aufgabe der Politik Verwaltungsstrukturen effizient auszugestalten und, wo nötig, auch zu reformieren und an die praktischen Notwendigkeiten anzupassen. Einer kompletten Privatisierung von Landesaufgaben und -betrieben stehen wir ablehnend gegenüber. ... Eine Kommunalisierung technischer Fachverwaltungen über das jetzige Niveau hinaus sehen wir skeptisch und lehnen sie nach derzeitiger Lage der Dinge ab.</p>	<p>Ohne eine schlagkräftige technische Verwaltung sind die vielfältigen Anforderungen an den öffentlichen Dienst insgesamt nicht zu leisten. ...Wir haben massiv in Personal und kluge Köpfe investiert überall da, wo der verantwortungsbewusste Staat handeln muss: Bei Bildung, öffentlicher Sicherheit und Steuergerechtigkeit, aber auch dort, wo im besonderen Maße technische Fachlichkeit benötigt wird, wie technische und ingenieurwissenschaftliche Kompetenzen in der Arbeitsschutz und Umweltschutzverwaltung sowie Planungskompetenz bei Straßen.NRW und BLB.</p>
<p>Welche Maßnahmen zur Sicherstellung des Rechtsstaats und besseren Personalausstattung in den technischen Fachverwaltungen wird Ihre Partei umsetzen, wenn Sie gewählt werden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst starten. ...Das Land Nordrhein-Westfalen muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, nicht nur hinsichtlich der Bezahlung. Wir bekennen uns klar zum Landespersonalvertretungsgesetz Wir wollen eine zentrale und flexible Personalsteuerung einsetzen. Wir wollen das Gesundheitsmanagement weiterentwickeln. Wir wollen verpflichtend Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte erstellen. 	<p>Erstens muss eine Beschäftigung in der Fachverwaltung für Fachleute unter Karriere Gesichtspunkten interessant bleiben. Dazu gehört es natürlich auch, dass die Bezahlung angemessen ausfällt und auch besonders leistungswillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch eine anreizorientierte Komponente des Gehalts gefördert werden können. ...Zweitens muss die Politik ihre Entscheidungen so treffen, dass die Fachverwaltungen nicht mit immer weiteren Aufgaben überfrachtet werden. ... Drittens wird es auch in Zukunft notwendig sein, auf externes Fachwissen zurückzugreifen. Denn wir stehen schon jetzt vor dem Problem, dass freie Planstellen beim technischen Personal nicht besetzt werden können.</p>	<p>Zunächst möchten wir gezielt technische und naturwissenschaftliche Ausbildungsgänge verbessern und stärken. ... Auch möchten wir die Ansprache von potenziellen Nachwuchskräften verbessern. Hier gilt es, langfristig an einer Verbesserung des Images der technischen Fachverwaltungen zu arbeiten. ... Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sollen unkomplizierter in den öffentlichen Dienst wechseln können.</p>	<p>Wir werden weiterhin dort Personal zusätzlich einsetzen, wo dies nötig ist. Im Haushalt 2017 haben wir beispielsweise auf Initiative der regierungstragenden Fraktionen bei der Bezirksregierung 10 zusätzliche Stellen für Planfeststeller eingerichtet werden sowie 40 Stellen beim LANUV zur Stärkung der Umweltaufsicht. ...</p>
<p>Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei gegen den Fachkräftemangel? Welche Ideen möchten Sie umsetzen, um den öffentlichen Dienst für Techniker und Ingenieure attraktiver zu machen?</p>	<p>Eine angemessene Besoldung und Versorgung sind wichtige Grundsteine der öffentlichen Verwaltung, denn Leistung muss honoriert und Flexibilität gefördert werden. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, bedarf es daher insgesamt guter Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst (siehe hierzu Frage 3). Wir wollen bei allen Entscheidungen die berechtigten Interessen der Beschäftigten an einer leistungsgerechten Bezahlung und Versorgung berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die technischen Fachverwaltungen, denn diese stehen im direkten Wettbewerb mit der Wirtschaft um den dringend benötigten Nachwuchs.</p>	<p>Wir Freien Demokraten hatten uns im Rahmen der sogenannten Modernisierung des Dienstrechts dafür eingesetzt, dass mehr Leistungsanreize im öffentlichen Dienst gesetzt werden können. Dies hätte insbesondere leistungswillige Bewerber angezogen und leistungsfähige Beschäftigte durch eine höhere Bezahlung honoriert. ...</p>	<p>GRÜNE stehen für einen attraktiven öffentlichen Dienst. Doch für die Beurteilung der Attraktivität eines Arbeitsplatzes sind nicht allein finanzielle Aspekte ausschlaggebend. So steht der öffentliche Dienst für einen sicheren Arbeitsplatz und Familie und Beruf sind im öffentlichen Dienst besonders gut vereinbar. Der Balanceakt zwischen haushalterischer Verantwortung des Landes und den Interessen der Beschäftigten ist stets ein schwieriger, den wir aber bisher gut gemeistert haben. Das haben wir u.a. durch die Dienstrechtsreform bewiesen und dem wollen wir auch in Zukunft gerecht werden.</p>	<p>Wer sich für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst entscheidet, trifft eine bewusste Entscheidung – für mehr Arbeitsplatzsicherheit, für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine bessere Absicherung im Krankheitsfall und im Alter. Einen Wettbewerb um die besten Einstiegsgehälter mit der Privatwirtschaft, die auch dort nicht jede und jeder bezieht, kann und wird der öffentliche Dienst nicht gewinnen. Gezielte finanzielle Anreize in besonderen Bedarfslagen setzt das Land bereits.</p>
<p>Die Bezahlung im öffentlichen Dienst hinkt im Vergleich zur freien Wirtschaft insbesondere für Techniker und Naturwissenschaftler hinterher. Welche Maßnahmen sind von Ihnen vorgesehen, diese Lücke zu schließen?</p>	<p>Dort wo es sinnvoll und notwendig ist, sollte die bürgernahe Kommunalverwaltung diese Aufgaben übernehmen. So war es zum Beispiel richtig, dass die Kreise und kreisfreien Städte zusätzliche Kompetenzen im Bereich des Umweltrechts erhielten. ... Allerdings gibt es auch wesentliche Bereiche, in denen die Landesverwaltung gut und richtig ist. Es ist nicht unser Ziel, gut funktionierende Fachverwaltungen, wie zum Beispiel beim Arbeitsschutz, aufzulösen und zu kommunalisieren.</p>	<p>Der Gesetzesvollzug liegt grundsätzlich bei den Ländern. Diese Aufgabenverteilung des Grundgesetzes halten wir für richtig. Um Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz noch besser gewährleisten zu können, ist regelmäßig zu überprüfen, inwieweit welche Aufgaben auch von den Kommunen erbracht werden können. Mögliche Auswirkungen auf die Landeseinheitlichkeit des Vollzugs sind dabei zu berücksichtigen.</p>	<p>Ein ausreichender Mindeststandard muss immer gewährleistet sein. ... Dementsprechend halten wir, wie schon weiter oben ausgeführt, eine über das heutige Niveau hinaus gehende Kommunalisierung von Aufgaben der Landesverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht ratsam. Die jetzige Kompetenzverteilung hat sich bewährt. Dementsprechend streben wir auch keine Kommunalisierung der Umwelt- sowie der Arbeitsschutzverwaltung an.</p>	<p>Wir stimmen zu, dass die Verwaltung auf Landesebene unbedingt erforderlich ist, damit landesweit gleiche Lebensbedingungen umgesetzt und Gesetze und Vorschriften gleich angewendet werden. Deshalb gibt es bei der NRWSPD keine Pläne zur Kommunalisierung des Umwelt- und Arbeitsschutzes.</p>
<p>Wie steht Ihre Partei zur Kommunalisierung von Aufgaben der Landesverwaltung, beispielsweise bei Umwelt- und Arbeitsschutzverwaltung?</p>	<p>Für uns gilt der Verfassungsgrundsatz im öffentlichen Dienst nach Eignung, Leistung und Befähigung zu befördern. Dieser Grundsatz gilt für uns gerade bei Leitungsfunktionen, für die ein technischer Berufshintergrund nötig ist. Um alle Fähigkeiten optimal einsetzen zu können, wollen wir deshalb verpflichtend Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte erstellen.</p>	<p>Leitungsfunktionen sollten – wie alle anderen Funktionen auch – nach Eignung, Befähigung und fachlichen Leistungen des Bewerbers um eine Stelle besetzt werden. Sollte ein Nicht-Techniker diese Kriterien erfüllen, so ist diese Stelle mit diesem Bewerber zu besetzen. Jedoch ist es schwer vorstellbar, dass bei insgesamt zunehmender Komplexität der Arbeitsprozesse ein Nicht-Techniker in vielen Fällen besser geeignet und befähigt sein wird, um eine Leitungsposition in einer Fachverwaltung zu bekleiden, als ein Techniker.</p>	<p>Wir GRÜNE halten es im Allgemeinen für sinnvoll, wenn Führungsfunktionen in den Fachverwaltungen auch mit technischen Fachleuten besetzt werden. Uns ist es dabei wichtig, wenn sich die Führungspositionen der Ministerien, Bezirksregierungen und Fachbehörden aus einem gut austariertem Mix von Frauen und Männern sowohl mit technischer Ausbildung als auch mit nicht-technischem Hintergrund, wie beispielsweise aus der Rechtswissenschaft und aus den Wirtschaftswissenschaften, zusammensetzen.</p>	<p>Leitungsfunktionen, gerade in der technischen Verwaltung, sollten aus Sicht der NRWSPD durch Fachleute wahrgenommen werden. Das können wir mit zwei Beispielen belegen: Mit Gabriele Willems und Elfriede Sauerwein-Braksieke stehen zwei Diplom-Ingenieurinnen an der Spitze der Landesbetriebe BLB bzw. Straßen.NRW.</p>
<p>Wie steht Ihre Partei zur Besetzung von Leitungsfunktionen auf Fachebene in den Ministerien und Bezirksregierungen, sowie in den Fachbehörden und Kommunen vor Ort mit Fachleuten aus den technischen Verwaltungen?</p>	<p>Leitungsfunktionen, gerade in der technischen Verwaltung, sollten aus Sicht der NRWSPD durch Fachleute wahrgenommen werden. Das können wir mit zwei Beispielen belegen: Mit Gabriele Willems und Elfriede Sauerwein-Braksieke stehen zwei Diplom-Ingenieurinnen an der Spitze der Landesbetriebe BLB bzw. Straßen.NRW.</p>	<p>Leitungsfunktionen, gerade in der technischen Verwaltung, sollten aus Sicht der NRWSPD durch Fachleute wahrgenommen werden. Das können wir mit zwei Beispielen belegen: Mit Gabriele Willems und Elfriede Sauerwein-Braksieke stehen zwei Diplom-Ingenieurinnen an der Spitze der Landesbetriebe BLB bzw. Straßen.NRW.</p>	<p>Leitungsfunktionen, gerade in der technischen Verwaltung, sollten aus Sicht der NRWSPD durch Fachleute wahrgenommen werden. Das können wir mit zwei Beispielen belegen: Mit Gabriele Willems und Elfriede Sauerwein-Braksieke stehen zwei Diplom-Ingenieurinnen an der Spitze der Landesbetriebe BLB bzw. Straßen.NRW.</p>	<p>Leitungsfunktionen, gerade in der technischen Verwaltung, sollten aus Sicht der NRWSPD durch Fachleute wahrgenommen werden. Das können wir mit zwei Beispielen belegen: Mit Gabriele Willems und Elfriede Sauerwein-Braksieke stehen zwei Diplom-Ingenieurinnen an der Spitze der Landesbetriebe BLB bzw. Straßen.NRW.</p>